

Wohlfahrts-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich sechsmal und zwar als Feilblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land durch die Post bei halbjähriger Bestellung monatlich M. 8.75 monatlich. Die abgelaufene halbjährige Bestellung im Oktober M. 1.00, im ausserordentlichen M. 1.20. Retorten der halbjährigen Bestellung M. 4.00 im Oktober M. 5.00 in ausserordentlichen. Anzeigen-Gebühren: Die vier nachstehenden.

Geschäfts-Gebühren: Halle a. S., Neue Dromadenstr. 14 und O. G. Brauhausstr. 17. Fernsprecher-Bürozentrale: Gemeinnummern 140 und 142. Druck-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck-Veranstaltungen: „Halle-Zeitung“ Halle a. S., Markt 24. Druck-Veranstaltungen: „Halle-Zeitung“ Halle a. S., Markt 24. Druck-Veranstaltungen: „Halle-Zeitung“ Halle a. S., Markt 24.

Dr. Wirth stellt die Vertrauensfrage.

Vier Misstrauensanträge. / Auch die Deutsche Volkspartei bringt ein Misstrauensvotum ein. / Gröner deckt den Kanzler. / Entscheidung am Mittwoch.

Vier Misstrauensanträge.

Wie wird die Abstimmung ausfallen?

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verlauf der heutigen interaktionellen Besprechungen hat für das Kabinett Wirth eine ernste Krise ergeben. Die bei der Reichstagsdebatte über den Eisenbahnerstreik aufgetretenen Gegensätzlichkeiten haben eine bedeutende Konfliktstimmung geschaffen, die dadurch akzentuiert wird, daß in der heutigen Sitzung des Reichstages nicht weniger als vier Misstrauensanträge und zwar von Seiten der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Unabhängigen und der Kommunisten gegen das Kabinett Wirth gestellt wurden. Die Debatte war sehr erregt und gipfelte darin, daß der Reichstagspräsident die Vertrauensfrage stellte.

Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist folgender Antrag eingebracht: Da die Reichsregierung durch ihre bisherige schwächliche Haltung und ungenügenden Schritt des pflichtgetreuen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mit der Schuld hat und ungeachtet der Tatsache, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Intention, daß die Staatsautorität in den Händen der von Reichskanzler Dr. Wirth geleiteten Reichsregierung genügend gewahrt wird, und verlegt infolgedessen der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung bedarf. Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist folgendes Misstrauensvotum eingegegangen: Der Reichstag mißbilligt, 1. daß der Herr Reichskanzler die Zerwürfene des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen offensichtliche Verträge nicht angewendet hat, 2. daß der Herr Reichskanzler im Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung mit Führern der Reichsgewerkschaft deutsche Eisenbahnbeamten und -Arbeiter verhandelt hat, bevor der Streik beendet war, 3. daß der Herr Reichskanzler in Bezug auf die Disziplinarbehandlung von Dienstvergehenden Zulagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Zulage in der Reichstagsdebatte vom 10. Februar geeignet sind, die Staatsautorität zu gefährden. Der Reichstag spricht daher dem Herrn Reichskanzler sein Misstrauen aus.

nationale Koalition zur Ausbeutung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Darum muß das Parlament sich verpflichten gegen die kapitalistische Staatsgewalt. (Beifall bei einigen.)

Von den Deutschnationalen ist folgender Antrag eingebracht: Da die Reichsregierung durch ihre bisherige schwächliche Haltung und ungenügenden Schritt des pflichtgetreuen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mit der Schuld hat und ungeachtet der Tatsache, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Intention, daß die Staatsautorität in den Händen der von Reichskanzler Dr. Wirth geleiteten Reichsregierung genügend gewahrt wird, und verlegt infolgedessen der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung bedarf.

Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist folgendes Misstrauensvotum eingegegangen: Der Reichstag mißbilligt, 1. daß der Herr Reichskanzler die Zerwürfene des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen offensichtliche Verträge nicht angewendet hat, 2. daß der Herr Reichskanzler im Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung mit Führern der Reichsgewerkschaft deutsche Eisenbahnbeamten und -Arbeiter verhandelt hat, bevor der Streik beendet war, 3. daß der Herr Reichskanzler in Bezug auf die Disziplinarbehandlung von Dienstvergehenden Zulagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Zulage in der Reichstagsdebatte vom 10. Februar geeignet sind, die Staatsautorität zu gefährden. Der Reichstag spricht daher dem Herrn Reichskanzler sein Misstrauen aus.

Abg. Koch-Weser (Dem.) Der Streik war ein großer Misserfolg. Die Autorität der Regierung war getrübt geblieben. Die Lebensmittel sind verknappt. Der Staatshaushalt ist von neuem aufs schwerste erschüttert worden. Das war das Ergebnis des Streikes. Die Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeitszeit lehnen wir ab. Der Achtstundentag muß möglichst ausgenutzt werden. Lebensständige Anstellung und Beamtenstreik sind miteinander nicht vereinbar. Beim Kaputtsein der Arbeit keine Revolte. Sondern die Abwehr einer Revolte. Es handelt sich hier nicht um einen Sieg der Regierung, sondern der Autorität des Staatsgebäudes. Bei den Disziplinverfahren dürfen nicht Schwächen oder übertriebene Mißdeutungen. Die Beamteneinstellung mit seiner Zulage ist ein ausserordentliches Beispiel. (Sehr richtig!) Deutschland steht heute vor einer unlöslichen Aufgabe, bis der fürchterliche Druck der Entente von ihm genommen ist. Bis dahin dürfen wir uns aber nicht zerlegen, sondern müssen alle Kräfte anspannen, um zur Geltung zu kommen.

Der Minister erklärt weiter, daß in manchen Gebieten die Beamten besser bezahlt werden, als die entsprechend beschäftigten Angestellten der Privatindustrie. Eine Neuprüfung der Grundgebühren würde mit größter Beschleunigung erfolgen. Der Minister schließt mit der Versicherung, daß er auf ein Zusammenarbeiten mit den Spitzenorganisationen der gewerkschaftlichen Arbeit lege.

Abg. Schirrmann (Bayr. Vp.) befreit, daß den Beamten in der Verwaltung das Streikrecht gewährt sei. Die Punkte, die das Berufsbeamtentum immer bekämpft, habe deshalb ihre Freunde am Beamtentum. Die bayerischen Beamten seien aber nicht einigermassen infolge der guten Verteilung durch den bayerischen Eisenbahnerstreik. Anbereits seien in Baden und Württemberg viele Beamten durch den Terror der Reichsgewerkschaft gegen ihren Willen zur Arbeitsentlassung gezwungen worden. Die Schupo habe den Terroristen tatenlos zugehört. (Hört! Hört!) Dieser Terror dürfe keine Gnade finden, sondern müsse für die Zukunft unmöglich gemacht werden durch den Ausbau der Technischen Hochschule.

Abg. Kay (Komm.) erklärt, die Verantwortung für diesen Streik treffe die Regierung und die bürgerlichen Parteien einseitig der Reichsgewerkschaften. Auch die Haltung der Unabhängigen ist recht zweifelhaft. Zu Recht und dem Reichstagspräsident hat das Parlament jedes Vertrauen verloren. Damit ist die Ausdrucksfrage erledigt.

Abg. Bender (Soz.) erklärt, seine Fraktion werde die unabhängigen und kommunistischen Anträge ablehnen. Dr. Stiegemann (D. Vp.) weist in einer längeren Erklärung die Angriffe der Frankfurter Zeitung und des Abg. Dittmann auf Sinnes zurück.

Abg. Dittmann (USP.) hält demgegenüber keine Forderung auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Abg. Sinnes auf und erklärt, daß mit einer Wiederholung des Streikes zu rechnen sei. Reichstagspräsident Dr. Wirth erwidert, weil durch eine Ablehnung der vorliegenden fünf Anträge Klarheit nicht geschaffen werde, einen positiven Vertrauensantrag einzubringen.

Abg. Marx (Ztr.) beantragt mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil seiner politischen Freunde noch nicht eingetroffen seien, die Abstimmung auf Mittwoch zu verlagern. Inzwischen ist ein vom Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten eingetragenes Misstrauensvotum eingebracht. In der Abstimmung wird der Vorstoß auf Verlegung der Abstimmungen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen und die Abstimmung auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr angelegt. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Reichstagsmeldung.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Wirtschaft und Verkehr.

(Eine grundsätzliche Betrachtung aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks.)

Produktion und Konsumtion sind an einem Standort gebunden. Die natürliche Bodenbeschaffenheit, die etwaigen Rohstoffquellen unter der Erde, die klimatischen Verhältnisse und noch manderlei anderes sind ausschlaggebend für den Ort der Gewinnung wirtschaftlicher Güter; in dieser wesentlichen mitbestimmenden Rolle des Ortes am Produktionsort liegt der Zusammenhang zwischen Produktion und Standort. Derartige Verhältnisse hinsichtlich der Lebensbedingungen, Klima, Bevölkerungszahl und dergleichen bestimmen Art und Umfang der Nachfrage nach produzierenden Gütern, legen im wesentlichen die Zusammenwirkung von Konsumtion und Standort fest.

Die Bedeutung der großen technischen Fortschritte des letzten Jahrhunderts liegt nicht zuletzt in der Lockerung der Bindung, die der Standort der Herstellung und dem Verbrauch wirtschaftlicher Güter auferlegte. Ausbeutung der Herrschaft des Menschen über die Kräfte der Natur in der Richtung auf ihre immer umfangreichere Einordnung in die wirtschaftliche Betätigung der Menschheit und Überwindung des räumlichen Überhandes, des Standortgebundenheit, in der Richtung auf möglichst vollkommene Verknüpfung aller Märkte mit- und untereinander sind die äußeren Zeichen des modernen wirtschaftstechnischen Zeitalters. Durch Ausweitung und Vervielfachung des Verkehrsnetzes sind die einzelnen Standorte untereinander, unter einer Ausdehnung der Bedürfnisbefriedigung zusammengefasst, bis dahin benachteiligten Konsumtionsgebiete am, welche eine dauernde gegenwärtige Betätigung mit dem Ergebnis der Steigerung der kulturellen und wirtschaftlichen Lage aller Volksteile durch.

Selbstverständlich, daß die gesteigerte Verkehrswirtschaft im erheblichen Umfange die Hilfsmittel des Güterauslaufes, das Transportwesen, zu immer größerer Voll-

Reichsverkehrsminister Ordere

weist die vom Abgeordneten Dittmann gegen ihn gerichteten Angriffe zurück. Er habe keineswegs die Eisenbahn heruntergewirtschaftet und denke auch nicht daran, sein Amt nach den Anregungen des Abgeordneten Dittmann zu führen. In der Frage der Disziplinarmassnahmen besteht volle Übereinstimmung zwischen mir, dem Reichskanzler und dem gesamten Kabinett. Die Richtlinien sind von mir entworfen und nur unwesentlich geändert worden. (Hört! Hört!)

Das Disziplinarverfahren ist in 350 Fällen eingeleitet von denen 120 auf Berlin entfallen. In den Dienst wieder aufgenommen worden sind 150 Beamte. (Stürmische Zurufe links! Das ist ein Stand!) Kein Minister darf sich das Recht nehmen lassen, in seinem Report selbst über die Einleitung von Disziplinarverfahren zu bestimmen. Es ist aber kein Versuch gemacht worden, dieses Recht zu nehmen. (Lärm auf der äußersten Linken!)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

weist daraufhin die Angriffe des Abgeordneten Dittmann gegen die höheren Beamten zurück und nimmt Ministerialdirektor von Schlieben und Geheimrat Röhne mann in Schutz, denen die Vertreter der beteiligten Organisationen den Dank für ihre Verhandlungsführung ausgesprochen hätten. (Lärm auf der äußersten Linken!) Als sich der Minister bemüht, zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Beamteneinstellung mit der Zeitung Schritt gehalten hat, kommt es auf der Linken zu äußerst lauten Kundgebungen.

Abg. Roenen (Komm.) Es ist eine unerhörte Dreistigkeit, uns eine solche Rechnung vorzulegen. Abgeordneter Dr. Rieker tritt den Abgeordneten Roenen zur Ordnung.

Reichstag.

168. Sitzung.

Berlin, 11. Februar 1922.

Die Aussprache über die Regierungserklärung betreffend den Verkehrsstreik in Verbindung mit den Anträgen der Unabhängigen und Kommunisten wird fortgesetzt.

Abg. Dittmann (Unabh.) Fortgesetzt laufen Meldungen über Verkehrsstreik ein. Diese erfolgen hauptsächlich. (Hört! Hört!) In Berlin sind 2600 Personen gewahrt worden, im ganzen 25 000 - 30 000. Ueber die vorzügliche Agitation, die Herr Gröner für uns treibt, können wir uns eigentlich freuen. Die Trabant des Ministers, die Eisenbahndirektionen, spielen auf die Aufgaben des Reichstags. Hier handelt es sich tatsächlich um eine Revolte der höheren Eisenbahnbeamten, um eine Militarisierung der Eisenbahn. Der Geist des französischen Revolutionsgenerals Joch hat Herrn Gröner ergriffen neben dem beehrten Kommissar des Stodprengentums. Redner befreit, daß in Krankentafeln während des Streifes eine erhöhte Sterblichkeit eingetreten ist und behauptet, daß die Kinderstationen voll mit Mitleid belieft seien. Der Reichstag hat ein Recht von seinem Mitgliede Stianes Wunsch zu verlangen, ob er in London die Privatierung der Eisenbahn betreiben habe oder nicht. Es sei Landesbesitz, wenn man verstände, deutsches Eigentum an die Entente zu veräußern. Es müßte ein Untersuchungs-ausschuss gegen Herrn Sinnes eingeleitet werden. Die Regierung entwickle sich zu einem reinen Rechtskabinett und in Genua werde die Verhängung des Kapitalismus von ihnen und Brüden aufstehen. Das bedeute eine inter-

